

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Luftverkehrsgesetz verbessern: Stärkerer Lärmschutz für die Bevölkerung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich bei der Abstimmung über die Initiativen für eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Bevölkerung konsequenter als bisher vor Fluglärm geschützt wird. Das Luftverkehrsgesetz soll dafür mit der Zielsetzung eines verstärkten, insbesondere nächtlichen Lärmschutzes in folgenden Regelungen geändert werden:

- Aufnahme von § 10a Luftverkehrsgesetz mit dem Ziel, für die Festlegung der Flugrouten eine ähnlich anspruchsvolle Abwägung öffentlicher und privater Belange vorzusehen wie etwa bei der Fachplanung von Straßen und Schienenwegen.
- Änderung des § 29b Luftverkehrsgesetz mit dem Ziel, bei der Erarbeitung und Festlegung von Flugverfahren den besonderen Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm, insbesondere während der Nachtruhe, angemessen zu berücksichtigen.
- Änderung des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nummer 8 Luftverkehrsgesetzes mit dem Ziel, dabei ein transparentes Verfahren mit Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung einzuführen. Für die erstmalige Festlegung und die wesentliche Änderung von Flugrouten soll die gleiche Öffentlichkeitsbeteiligung eingeführt werden wie bei Planfeststellungsverfahren zu Flughafenerweiterungen oder Flughafengenehmigungen.
- Änderung des § 32 Abs. 4c Satz 2 des Luftverkehrsgesetzes mit dem Ziel, dabei die Rolle des Umweltbundesamtes zu stärken, indem zukünftig ein Einvernehmen mit dem UBA

notwendig ist, um Belange des Lärmschutzes gegenüber wirtschaftlichen und verkehrlichen Belangen höher zu gewichten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Mai 2013 zu berichten

Begründung:

Im Bundesrat wurden am 1. März 2013 drei Initiativen zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes im Bundesrat in die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Bis zur Bundesratssitzung Anfang Mai werden diese Initiativen beraten und gegebenenfalls Kompromissvorschläge formuliert. Wir fordern den Berliner Senat auf, sich für die Schutzinteressen der Berliner Bürgerinnen und Bürger einzusetzen und die grundlegenden Forderungen der Initiative aus Rheinland-Pfalz, die die größten Schutzstandards gewährleisten würde, zu unterstützen. Um eine Akzeptanz des Luftverkehrs in der Bevölkerung zu erreichen, muss es in der Zukunft Verbesserungen in der Abwägung der Schutzbedürfnisse geben.

Beim Bau des neuen Flughafens BER hat sich gezeigt, dass eine breite Akzeptanz des Flughafens in der Bevölkerung nur durch eine größere Transparenz, einen besseren Vertrauensschutz und einen ausreichenden Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner erreicht werden kann. Aus den Erfahrungen mit der Festlegung der Flugrouten für den BER, der Diskussion über den Schallschutz und die Nachtruhe ist deutlich geworden, dass für einen Ausgleich zwischen den Schutzinteressen der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Interessen Änderungen im Luftverkehrsgesetz notwendig sind. Um in Zukunft die Planungen zu verbessern, sollte Berlin die Chance ergreifen, die Vorschläge des Landes Rheinland-Pfalz, die jetzt im Bundesrat vorliegen, zu unterstützen.

Der Schutz vor Fluglärm bei Flugrouten und Flugverkehrskontrollfreigaben durch Luftfahrtbehörden und die Flugsicherungsorganisation sollte in Zukunft nicht mehr nur auf „unzumutbaren“ Fluglärm beschränkt werden, sondern auch bei niedrigeren Lärmpegeln gelten. Insbesondere während der Nachtruhe muss der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner besser berücksichtigt werden. Bei den Berliner Flugrouten besteht bis heute Rechtsunsicherheit aufgrund des intransparenten Festlegungsverfahrens. Daher sollen in Zukunft bei der Festlegung und Änderung der Flugrouten schärfere Vorgaben für die Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz gelten, damit auch hier eine größere Akzeptanz ermöglicht wird. Dazu zählt auch eine stärkere Rolle des Umweltbundesamts, dessen Position in Zukunft nicht mehr nur angehört, sondern auch berücksichtigt werden soll.

Berlin, den 8. März 2013

Pop Kapek Moritz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen